

**Einwohnerratssitzung 2012/2013  
Protokoll Nr. 3**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 8. November 2012**  
Sitzungszeit 14:00 Uhr – 17:45 Uhr  
Ort Krauerhalle, Horwerstrasse 10, Kriens

---

Protokoll Petra Burkhart  
Direktwahl 041 329 63 81

8. November 2012 pb

---

**Anwesend**

Präsident

Heini Martin

Einwohnerrat

33 Mitglieder

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Burkhart Petra  
Schweizer Jennifer

**Entschuldigt**

Aakti Brahim  
Bieri Esther

## Traktanden

- |     |  |            |          |
|-----|--|------------|----------|
| 1.  | <u>Mitteilungen</u>  |            | Seite 68 |
| 2.  | <u>Protokoll Nr. 1</u> vom 6. September 2012   |            | Seite 69 |
| 3.  | <u>Fragestunde</u><br>(max. 30 Min.)   |            | Seite 69 |
| 4.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Verkauf der Liegenschaft<br>"Mattenhof I" Grundstück Nr. 3831, Grundbuch Kriens   | Nr. 001/12 | Seite 71 |
| 5.  | <u>Bericht und Antrag:</u> Auflösung des Fonds de<br>Roulement der Gemeinde Kriens   | Nr. 005/12 | Seite 82 |
| 6.  | <u>Interpellation Graber:</u> Weiteres Vorgehen beim<br>Hergiswald-Neubau<br><i>Beantwortung</i>   | Nr. 002/12 | Seite 84 |
| 7.  | <u>Postulat Graf:</u> Erhöhung des Eintrittspreises für die neue<br>Badi und Vergünstigung der Eintrittspreise für Einheimi-<br>sche<br><i>Begründung</i>  | Nr. 313/12 | Seite 86 |
| 8.  | <u>Postulat Koch:</u> Nachweisdokument (z.B.<br>Arbeitsbestätigung) für die ehrenamtliche Arbeit als<br>Einwohnerratsmitglied<br><i>Begründung</i>   | Nr. 318/12 | Seite 90 |
| 9.  | <u>Postulat Koch:</u> Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens<br>dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen<br>Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen<br><i>Begründung</i> | Nr. 320/12 | Seite 90 |
| 10. | <u>Postulat Portmann:</u> Einführung einer<br>Einbürgerungspauschale<br><i>Begründung</i>  | Nr. 321/12 | Seite 90 |
| 11. | <u>Bericht Postulat B. Bienz:</u> Brunnen für Kriens   | Nr. 304/12 | Seite 93 |
| 12. | <u>Bericht Postulat Camenisch:</u> Unterbringen von<br>Asylant/innen in Kriens<br><i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>  | Nr. 315/12 | Seite 95 |
| 13. | <u>Interpellation Portmann:</u> Gemeindeinitiative Sonnenberg<br>für alle<br><i>Beantwortung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i>  | Nr. 314/12 | Seite 95 |
| 14. | <u>Postulat Kaufmann:</u> Sponsoring-Partner für das Projekt<br>Schappe-Süd<br><i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i>  | Nr. 003/12 | Seite 95 |
| 15. | <u>Postulat Tanner:</u> Einführung von Vollmachten zur<br>Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens<br><i>Begründung / aus Zeitgründen abtraktandiert</i>                              | Nr. 004/12 | Seite 95 |

---

## Neueingangsliste

Nr. 326/12 Beantwortung Interpellation Tanner: Teures Parkbad Kriens / teilweise unzufriedene Familien

Nr. 006/12 Bericht und Antrag: Gesamtrevision Ortsplanung

Nr.007/12 Interpellation Schwizer: „Rechenzentrum Emmen“  
*Eingang: 09.10.2012*

Nr. 008/12 Bericht und Antrag: Voranschlag 2013

Nr. 009/12 Bericht und Antrag: Aufgaben- und Finanzplan 2013 - 2017

Nr. 010/12 Interpellation Graber: Stopp dem Schottern von Naturwegen  
*Eingang: 17.10.2012*

Nr. 013/12 Interpellation Zosso: „Luzern Süd“ Stadtentwicklung im Schlund  
*Eingang: 31.10.2012*

\*\*\*\*\*

Martin Heini begrüsst alle Anwesenden zur dritten Einwohnerratssitzung. Speziell begrüsst er die Gäste. Unter ihnen ist auch Heiri Niederberger, Einwohnerratspräsident der Gemeinde Horw. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Luca Wolf.

Entschuldigt haben sich Brahim Aakti, er ist noch immer auf Weltreise, und Esther Bieri, sie ist krank. Roger Erni wird die Sitzung um ca. 17:30 Uhr verlassen.

Die Pause ist von 15:30 Uhr bis 15:50 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 17:45 Uhr. Um 18:00 Uhr beginnt der Jubiläums-Anlass.

## 1. Mitteilungen

Paul Winiker hat drei Mitteilungen terminlicher Art:

- Im Verlauf des heutigen Nachmittages wird den Mitgliedern des Einwohnerrates das Budget und der Finanzplan in elektronischer Form zugestellt. Am Montag werden diese Unterlagen in Papierform zugestellt. Er bittet, die Mediensperfrist bis am Freitag, 16. November 2012 zu beachten.
- Am Dienstag, 13. November 2012 findet die Informationsveranstaltung zum Asylzentrum Grosshof statt. Es sind alle eingeladen teilzunehmen.
- Am 23. November abends und am 24. November 2012 findet die Zukunftskonferenz statt. Man kann sich immer noch anmelden. Paul Winiker bittet, noch etwas Werbung in den Quartieren und den Verbänden zu machen.

Zur Traktandenliste sind nach Martin Heini keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

## **2. Protokoll Nr. 1 vom 6. September 2012**

Martin Heini stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind. Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

## **3. Fragestunde**

Pascal Meyer fragt, ob die tiefe Unternehmenssteuer schon spürbare Auswirkungen hat?

Nach Paul Winiker greift die Unternehmenssteuerreform seit dem Jahr 2012. Man kann die Auswirkungen erst im nächsten oder übernächsten Jahr beurteilen. Im Budget hat man Einnahmeausfälle von 1.2 bis 1.3 Mio. Franken geschätzt.

Alex Hahn möchte wissen, ob im Rahmen der Lancierung von Grossprojekten im Mattenhof vorgesehen ist, dass die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird? Er denkt beispielsweise an Kindergärten.

Gemäss Matthias Senn ist das vorgesehen. Die Schulraumplanung hat aufgezeigt, dass im Bereich Roggern drei Kindergärten nötig sind. Beim Schulhaus Roggern werden zwei Kindergärten saniert und im Schweighofpark wird ein weiterer angesiedelt. Das wird auch in anderen Gebieten so ein, wenn Bedarf besteht. Die grosse Herausforderung ist der Zweijahreskindergarten.

Mario Urfer hat im Newsletter gesehen, dass die Gemeinde Kriens ihre Verkehrsaufgaben in den kommenden Jahren anpacken will. Für die strategischen Aufgaben wird eine Mobilitätsfachstelle geschaffen. Welches sind die Aufgaben dieser Mobilitätsfachstelle?

Cyrrill Wiget führt aus, dass zahlreiche Grossprojekte geplant sind. Jetzt muss die Gemeinde Kriens Verkehrslösungen einfordern. An der letzten Einwohnerratssitzung der vergangenen Legislatur wurde das Gesamtverkehrskonzept eingefordert. Das soll nun entstehen. Zahlreiche Initiativen sind unterwegs. Der Kanton gleist die K4 neu auf. Für Kriens ist diese Achse sehr wichtig. Verkehrslösungen müssen so eingefordert werden, dass sie der Gemeinde Kriens etwas bringen. Auch in Zukunft soll bei grösseren Überbauungen die Verkehrssituation beurteilt werden.

Erich Tschümperlin bezieht sich auf die Hütten im Hochwald. Im Sommer hätte der zweite Schritt, dass Konsequenzen gezogen werden, kommen sollen. Wann geht es vorwärts?

Nach Matthias Senn kann man die Konsequenzen nicht so schnell ziehen. Jetzt muss das Baudepartement alle Objekte in eine Kategorie einteilen. Dann erfolgt eine Beurteilung. Auch in Fällen, bei denen klar ist, dass es ein Problem gibt, kann nicht einfach der Abriss verfügt werden. Das Verfahren muss eingehalten werden.

Kathrin Graber möchte wissen, ob das Projekt auf dem Pangasareal nicht mehr aktuell ist?

Matthias Senn erklärt, dass die Pangas vorstellig geworden ist und einen neuen Projektvorschlag gemacht hat. Die Voraussetzungen unter denen umgezont wurde, müssen eingehalten werden.

Roger Erni fragt, welche Neuigkeiten es bezüglich Sportclub Kriens gibt?

Cyrill Wiget antwortet, dass der Gemeinderat entschieden hat, dass die Gemeinde nicht in der Trägerschaft Einsitz nimmt. Der neue Finanzplan wurde zugestellt. Alle Zukunftsprojekte wurden gestrichen. Diese können wieder aufgenommen werden, wenn sich die Finanzlage verbessert hat. In der Investitionsplanung ist vorgesehen, dass die Finnenbahn und Teile des Mettlenpark gemacht werden. Die Tribüne selbst möchte der Gemeinderat aber nicht anfassen, bevor ein Entscheid des Sportclubs vorliegt.

Nach Mario Urfer gibt es an den Krienser Schulen Senioren, die während des Unterrichts unterstützend mitwirken. Welche Erfahrungen hat man damit gemacht?

Gemäss Judith Luthiger ist Kriens in diesem Bereich eine Pioniergemeinde. Es ist eine gute Sache, die Senioren werden sehr geschätzt. Das Bildungsdepartement hat vor, diese weiterhin im Unterricht einzusetzen.

Bruno Bienz möchte wissen, wie der Stand in Sachen Hinteramlehn ist? Macht der Gemeinderat den zuständigen Ämtern Druck?

Matthias Senn führt aus, dass der Kanton das Verfahren abgeschlossen hat. Der Gemeinderat hat aber noch keine Kenntnis über den Ausgang. Deshalb kann er keine Auskunft geben.

Judith Mathis fragt, bis wann die Finnenbahn im Mettlenpark wieder hergestellt ist?

Nach Cyrill Wiget wurde vereinbart, dass diese Arbeiten unmittelbar nach dem Abschluss der Arbeiten für die Badi aufgenommen werden. Man ist daran, das Resultat lässt aber etwas auf sich warten.

Mario Urfer möchte den Verantwortlichen für die Neugestaltung der Homepage ein Lob aussprechen. Die Website ist nicht nur aktueller, es gibt auch mehr detaillierte Informationen. Vielen Dank!

Fabian Takacs möchte wissen, wer und weshalb eine Fahrbewilligung für den Schotterweg zum Hinteramlehn hat?

Cyrill Wiget antwortet, dass der Bauer und auch diejenige Person, der die Garagen gehören, eine Fahrbewilligung haben.

Kathrin Graber fragt, ob man sich im Rahmen von Open Sunday schon überlegt hat, die grünen Matten beim Schwimmbad Kriens ausserhalb der Badesaison zu öffnen?

Gemäss Cyrell Wiget müsste der Zugang eigentlich jeden Sonntag offen sein. Wenn das nicht so ist, bittet er um eine Rückmeldung.

Räto Camenisch hat aus der Zeitung erfahren, dass es beim Bypass kurz eine Projektänderung zu Gunsten der Gemeinde Kriens gegeben hat. Konnte der Gemeinderat diesbezüglich Einfluss nehmen oder hat auch er aus der Zeitung davon erfahren?

Matthias Senn führt aus, dass es eine Arbeitsgruppe Stadtentwicklung gibt die das diskutiert hat. Das ASTRA hat eine neue Variante erarbeiten lassen. Der Gemeinderat hat das an dieser Arbeitsgruppensitzung erfahren. An dieser Sitzung konnte man eine spontane Stellungnahme abgeben. Der Gemeinderat hat eingebracht, dass man eine städtebaulich gute Lösung möchte, wenn schon eine zweite Brücke im Bereich Herzog Elmiger geplant ist.

Nach Alex Hahn hat Matthias Senn die Wirtschaftsförderung unter sich. Hat man überhaupt das Potential um Investoren anzuziehen?

Matthias Senn antwortet, dass die Gemeinde Kriens früher den Wirtschaftsförderer René Sigrist hatte. Dann wurde die Stiftung Wirtschaftsförderung ins Leben gerufen. Die Gemeinde hat von dieser Stiftung schon extrem profitiert. Die Arbeit dieser Stiftung sollte nicht durch die Gemeinde konkurriert werden. Im Moment ist das gut sichergestellt.

Nicole Nyffeler möchte wissen, ob in der Badi Rollstühle zur Verfügung gestellt werden um zu baden?

Gemäss Cyrell Wiget stellt die Gemeinde keine Rollstühle zur Verfügung.

#### **4. Bericht und Antrag: Verkauf der Liegenschaft "Mattenhof I" Grundstück Nr. 3831, Grundbuch Kriens Nr. 001/12**

Bei einem Verkauf ist der Preis nach Roger Erni für einen Ökonomen das einzige entscheidende Kriterium, weil sich die Preise in einer Welt der vollkommenen Konkurrenz „richtig“ bilden. Die FGK hat aber festgestellt, dass der Preis, der auf Seite 6 des B+A's mit Fr. 800.00 pro m2 angegeben ist, eventuell nicht der richtige Preis ist. Stichworte wie: Entwicklung, einmalige Chance, städtebauliche Qualität, Verdichtung, finanzpolitisch sinnvoll, starker, regionaler Immobilienpartner standen an der Kommissionssitzung im Zielkonflikt mit dem viel zu tiefen Verkaufspreis. In der Diskussion hat die FGK erreicht, dass Guido Solari nach Rücksprache mit der Mobimo bessere Verkaufskonditionen zugesichert hat. Andreas Hämmerli, Mobimo, hat der Kommission in einer guten Präsentation versichert, dass er die drei Säulen der Nachhaltigkeit (Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt) zum Standard für diese Überbauung machen wird. Andreas Hämmerli war eine wichtige Person bei der Konzeption und der Umsetzung des D4-Centers in Root. Nach Rücksprache mit André Wespi, Gemeindeschreiber von Root, darf der Sprechende sagen, dass es kein Geringerer als eben der Andreas Hämmerli war, welcher

das Projekt D4 zum „Fliegen“ gebracht hat. In Root spricht man sogar von einer „Phase Hämmerli“.

Die folgenden Punkte haben zu diesem umstrittenen Preis von Fr. 800.00 pro m2 geführt.

**Faktoren, die den Landwert in der Verhandlung positiv beeinflusst haben:**

- Sehr attraktive Lage des Grundstücks direkt neben der S-Bahn-Haltestelle Mattenhof mit zukünftigem 15-Minuten-Takt und 5 Minuten Fahrt bis Bahnhof Luzern (ein Filetstück im Entwicklungsschwerpunkt Luzern Süd).
- Sehr attraktive Lage zwischen zwei Autobahn-Anschlüssen, die in 5 Minuten erreichbar sind.
- Über die geplante Langsamverkehrsachse zukünftig attraktiv mit der Stadt Luzern verbunden.
- Qualitativ hochstehender Gestaltungsplan als Grundlage für eine hochwertige Überbauung.
- Hohe Ausnützung.
- Flexibler Wohnanteil von heute bis 30% möglich, mit der Rechtskraft der Ortsplanungsrevision 2012/2013 bis ca. 60%.
- Übergeordnete Erschliessung (Nidfeldstrasse, Mattenhofstrasse) ist realisiert.
- Der Markt spielt zur Zeit bei Ausschreibungen von Grundstücken verrückt.

**Faktoren, die den Landwert in der Verhandlung negativ beeinflusst haben:**

- Das Areal Mattenhof I hat erst als Ganzes einen höheren Landwert, die einzelnen Grundstücke sind schwierig zu überbauen. Dem Gemeinderat war es wichtig, dass der Gestaltungsplan für alle drei Grundstücke gemeinsam erarbeitet wird. Deshalb unterstützte er das Vorgehen mit einem gemeinsamen Wettbewerb und später dem Abschluss einer Absichtserklärung der drei Grundeigentümer.
- Die angestrebte städtebaulich hohe Qualität verteuert das Bauen, es werden hochwertige Materialien für die Realisierung verlangt. Dem Gemeinderat ist die Philosophie der Stadtentwicklung als Mikrokosmos wichtiger als die Optimierung des Landpreises.
- Städtische Plätze sind als Umgebung in der Realisierung teurer als begrünte Flächen.
- Die Nachhaltigkeit im Energiebereich (SIA-Effizienzpfad Energie) verteuert das Bauen.
- Die Arealentwicklerin und Investorin muss einen finanziellen Anteil an die Erweiterung und Gestaltung der S-Bahn-Station Mattenhof mit Bahnhofplatz (inklusive Deckel Strassenunterführung) leisten.
- Schwierige Baugrundverhältnisse (Pfahlfundationen und Wasserhaltung notwendig).
- Aufwendungen für Erschliessung ab Gemeindestrassen (Lichtsignalanlage, Steuerung der Ausfahrten aus Parkhäusern, evt. Rechtsabbiegestreifen aus Nidfeldstrasse).
- Das Risiko des Investors bei der Realisierung von Bürobauten ist höher als bei Wohnbauten.

Die FGK-Kommissionsmitglieder waren mit 4:3 Stimmen für Eintreten und haben in der Schlussabstimmung mit 3:3 Stimmen, durch Stichentscheid des Vize-Präsidenten, für den Verkauf der Liegenschaft Mattenhof gestimmt. Es geht um das Vertrauen. Eine umfassende gute Lösung wurde gefunden. Als Kommune sollte man für gute Rahmenbedingungen sorgen und die Mobimo mit diesem Grundstück das Beste machen lassen.

Martin Heiz hält einleitend fest, dass die gemeinderätliche Baukommission bereits an ihrer Sitzung vom 18. September 2012 die beiden Gestaltungspläne Sternmatt und Mattenhof 1 behandelt hat. Die Pläne wurden dazumal schon wohlwollend zur Kenntnis genommen. Zu diesem Traktandum durften sie an der letzten Sitzung ebenfalls Andreas Hämmerli, Vertreter der Mobimo AG, begrüßen. Er stellte das Geschäftsmodell und die Philosophie der Firma

Mobimo vor. Er zeigte auf, was sie bauen und vor allem auch wie sie denken. Die Mobimo kann bei den Investitionen rund 40 bis 50 % Eigenmittel einbringen. Somit sind die Mittel auch für dieses Projekt vorhanden. Es gab auch ohne Marketing bereits sehr viele Anfragen von möglichen Nutzern. Der Zeitplan sieht folgendes vor: Einreichung des Baugesuches im Jahr 2013. Mitte 2013 sollen die ersten Verträge abgeschlossen werden. Die Verträge sind schon vorbereitet und könnten sofort unterschrieben werden, wenn die Baubewilligungen da wären. Bis im Jahr 2016 sollte alles realisiert sein. Die Frage, ob sie auch bei einem Baurecht noch investieren würden, wurde von Andreas Hämmerli seitens der Mobimo verneint. Die Mobimo investiert nur, wenn sie auch Besitzerin ist. Sollte die Stadt Luzern oder die Gemeinde Kriens nicht mitmachen, so könnte die Mobimo auf ihrem Grundstück alleine etwas realisieren, oder allenfalls auch nur mit der Gemeinde Kriens zusammen. Seit vier Jahren entwickeln drei Grundeigentümer ein Projekt auf diesem Areal. Nun geht es heute darum, dass dieses Projekt weiter vorankommt. In der Eintretensdebatte wurde rege diskutiert. Seitens der SP wurde ein Antrag auf nicht Eintreten gestellt. Es wurde auch rege über den Kaufpreis gesprochen. Es wurden verschiedene Modelle angesprochen, wie man auch noch hätte vorgehen können, wie zum Beispiel die Gründung einer AG, in die alle Beteiligten ihre Grundstücke eingebracht hätten. Es wurde auch gefragt, warum man das Grundstück nicht dem Meistbietenden verkauft hat. Doch das gewählte Modell kann der Gemeinde Kriens am meisten einbringen. Öffentliche Ausschreibungen könnten auch Investoren anziehen, die nicht erwünscht sind. Es wurde auch eine Aktennotiz mit den Argumenten für den heutigen Verkaufspreis verteilt. Mit 4:2 Stimmen, bei einer Enthaltung, wurde das Eintreten beschlossen. Anschliessend wurden zum Kaufvertrag noch einige Verständnisfragen gestellt. Schlussendlich hat die BK dem B+A mit 5:2 Stimmen zugestimmt.

Gemäss René Zosso hat auch die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dieses Geschäft eingehend diskutiert und sich dabei einige Fragen gestellt. Das Gebiet Mattenhof im Schlund mit seinem Bahnanschluss ist zweifellos eine Schlüsselstelle im Entwicklungsschwerpunkt Luzern Süd. Das gemeindeeigene Land ist so etwas wie das Filetstück dieses Gebietes. Eine sorgfältige Planung und Abklärung im Interesse einer guten, nachhaltigen Entwicklung des Schlunds ist für die Gemeinde Kriens deshalb von grosser Bedeutung. Im Gebiet Luzern Süd soll so etwas wie eine kleine Stadt mit bis zu 10'000 Wohn- und Arbeitsplätzen entstehen, mit all ihren Vor- und Nachteilen und dies grösstenteils auf Krienser Boden. Es erscheint der CVP/JCVP/GLP-Fraktion deshalb wichtig, dass sich die Bestrebungen der Gemeinde beim Verkauf nicht in erster Linie auf eine monetäre Gewinnmaximierung fokussieren, sondern auf das Entstehen einer langfristig guten Struktur. Das vorliegende Projekt „Bi-Max“ erscheint geeignet und mit einigem Nutzen für die Entwicklungen im Schlund verbunden. Durch die heutigen Besitzverhältnisse erscheint es zudem logisch, ja fast zwingend, mit der Firma Mobimo zusammenzuarbeiten und nicht eine Investorenausschreibung zu machen. Eine Zerstückelung des Areals wäre sicher kontraproduktiv. In der Frage Verkauf oder Baurechtsvertrag konnte sich die Fraktion, aus diesen Überlegungen heraus, mehrheitlich für den Verkauf entscheiden. Auch deshalb, weil für die Mobimo offensichtlich keine andere Option möglich ist. Etwas störend ist aber, dass der Ertrag, wie budgetiert, nur zur Aufbesserung der laufenden Rechnung verwendet wird und nicht für Investitionen. Zu diskutieren gab natürlich der Kaufpreis, der mit Fr. 800.00 pro m<sup>2</sup> eher als moderat bezeichnet werden muss. Meistbietende hätten wohl deutlich mehr offeriert. Aber wie gesagt: ein gutes Projekt ist der CVP/JCVP/GLP-Fraktion lieber als ein maximaler Erlös beim Verkauf. Wenn es gelingt, gute Steuerzahler anzusiedeln, ist den Finanzen besser geholfen, als mit einem einmaligen höheren Ertrag. Irritiert hat die Gummi-formulierung betreffend Einhaltung des SIA-Energie-Effizienzpfades. Was gilt nun? „sollte“ oder „muss“? Sie sind der Ansicht, dass der SIA-Ansatz hier unbedingt Anwendung finden muss und möchten deshalb vom Gemeinderat eine verbindliche Aussage zu Handen des Protokolls. Vertrauen in das Verhandlungsgeschick des Gemeinderates und in die Mobimo als ehrlichen Partner ist nötig, da wohl nicht alles im Detail festgeschrieben werden kann. Die Fraktion CVP/JCVP/GLP ist grossmehrheitlich für den Verkauf und stimmt somit dem B+A zu.

Nach Michael Günter hat auch die SVP-Fraktion kontrovers über dieses Geschäft diskutiert. Der Verkaufsvertrag ist bei ihnen nicht auf pure Begeisterung gestossen. Es gibt neben den Pro's auch viele Kontra's und Fragen. Der Kaufpreis scheint eher am unteren Rand zu sein. Der Gemeinderat hält im Bericht fest, dass auf dem Markt ein höherer Preis hätte erzielt werden können. Es stellt sich die Frage, weshalb man nie an den Markt gegangen ist. Wenn die Eigentümer eine AG gegründet hätten, hätten die Aktien dem Meistbietenden verkauft werden können. So wäre der Preis sicher näher am Marktwert. Die Antwort des Gemeinderates darauf lautet, dass man von Anfang an eine Absichtserklärung mit der Mobimo abgeschlossen hat. Das ist keine Antwort. Weshalb wurde diese Strategie gewählt? Es ist vorgesehen, dass die Gemeinde keine Gewährleistung übernimmt, ausser für die Altlasten. Der Sprechende hätte gerne nochmals eine Bestätigung, dass es keine Altlasten gibt. Die Gewinnbeteiligung kommt zur Anwendung, wenn die Mobimo das Land unbebaut weiterveräussert. Veräussert die Mobimo fertige Bauten oder Teile davon, kommt diese Gewinnbeteiligung nicht zur Anwendung. Was ist, wenn zum Beispiel Rohbauten verkauft werden? Wie sieht es dann mit der Gewinnbeteiligung aus? Die Frage um diese Grauzone möchte die SVP-Fraktion noch geklärt haben. Jahrelang hat man in diesem Projekt zusammengearbeitet. Die Gemeinde konnte ihre Interessen in das Projekt einbringen. Seit Jahren fordert der Einwohnerrat, dass man auf diesem Areal Schlund/Mattenhof etwas macht. Aus dieser Perspektive sollte der Einwohnerrat diesem B+A nun zustimmen. Man muss auch bemerken, dass man im Raum Luzern eine hohe Lebensqualität hat und die Unternehmenssteuer sehr tief ist. Das nützt aber nichts, wenn man interessierten Firmen keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen kann. Der Preis, den man heute dafür erhält, ist nicht einzig entscheidend. Es ist auch wichtig, dass die Qualität der Bauten gut ist. Schlussendlich überwiegen die Pro's. Die SVP-Fraktion stimmt dem Verkauf zu.

Thomas Lammer führt aus, dass die Gemeinde Kriens Eigentümerin des Grundstücks Nr. 3831 ist, welches sich auf dem Gebiet des Areals Mattenhof 1 befindet. Daneben gehören weitere Grundstücke auf dem Gebiet Mattenhof 1 der Stadt Luzern und der Mobimo AG. Die drei Grundeigentümerinnen haben die Chance dieses Gebietes erkannt und 2008 einen gemeinsamen Studienauftrag durchgeführt. Dieser hatte zum Ziel, das Gebiet als Gesamtheit optimal zu entwickeln. Dabei soll im Gebiet Mattenhof eine neue Zentralität entwickelt werden. Mattenhof 1 ist der Ausgangspunkt und der Kern. Durch das gemeinsame Vorgehen der drei Grundeigentümerinnen soll vor allem auch gewährleistet sein, dass die Entwicklung nachhaltig und gesamthaft geschieht. Der Lead liegt bei der professionellen Immobilienentwicklerin Mobimo. Ihr Credo ist es nicht, Gebäude hochzuziehen und diese an den Meistbietenden zu veräussern. Vielmehr will sie die Gebäude langfristig in ihrem Portfolio halten. Die FDP begrüsst das Vorgehen des Gemeinderates, vor allem auch im Hinblick auf eine qualitativ gute Entwicklung im Gebiet. Mattenhof 1 soll der Ausgangspunkt für den weiteren Ausbau im Gebiet sein. Die FDP will dort Unternehmen, Freizeit und Wohnen ansiedeln und kein Areal für Parkplätze halten. Das bringt keine Rendite. Aus diesem Grund begrüssen sie den Verkauf und unterstützen diesen einstimmig. Den Verkaufspreis von Fr. 800.00 pro m<sup>2</sup> wird als angemessen erachtet. Eine Maximierung wäre zu Lasten der Qualität allfälliger Projekte gegangen. Beispiele dafür gibt es gerade in diesem Gebiet genügend. Insofern beinhaltet der Preis einen Discount mit welchem die Mitsprache von Kriens und Luzern abgegolten wird. Wie hoch dieser ist, bleibt allerdings reine Spekulation. Der Verkaufspreis von 4.3 Mio. Franken ist im Budget 2012 eingestellt. Man weiss aber heute, dass dieser Betrag kaum in diesem Jahr fließen wird. Gemäss Kaufvertrag wird eine erste Tranche im Jahr 2013 fließen. Wenn man das Ganze optimistisch betrachtet, könnte sogar der ganze Betrag fließen, da die Nachfrage nach Mietflächen gemäss Mobimo gut bis sehr gut ist. An der letzten Einwohnerratssitzung wurde der Planungsbericht zur finanziellen Entwicklung und Steuerung der Gemeinde Kriens behandelt. Neben den Massnahmen auf der Ausgabenseite in der Höhe von 1.8 Mio., der Steuererhöhung um 1/10 Einheit gehören auch Liegenschaftsverkäufe als dritter Pfeiler zur Stabilisierung der Finanzsituation. Diese Strategie, welche auf drei Säulen basiert, betrachtet die FDP

als zielführend. Ein Weglassen oder Rosinenpicken bei einzelnen Massnahmen gefährdet diese Strategie, indem ein durchaus möglicher Konsens unter den Parteien obsolet wird. Die FDP-Fraktion stimmt für den Verkauf, weil das Konzept und die Entwicklung des Gebietes Mattenhof 1 überzeugt. Es ist Teil des Beitrages zur finanziellen Genesung der Gemeinde Kriens.

Nach Mario Urfer anerkennt die SP/Juso-Fraktion das städtebaulich qualitativ gute Projekt und ist auch für das Leitbild Luzern-Süd. Trotzdem mussten sie um die Meinungsbildung ringen. Stossend ist, dass der Lead für die Entwicklung im Gebiet Mattenhof 1 ein Privater übernommen hat und die städtebauliche Entwicklung nur möglich sein soll, wenn die Stadt Luzern und die Gemeinde Kriens ihre Grundstücke an die Mobimo AG veräussern. Die Mobimo bot bei den Verhandlungen Fr. 800.00 pro m<sup>2</sup> und entzieht sich der Ermittlung des Marktpreises im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung. Dabei hat das Grundstück ein Wertsteigerungspotential und der Bodenpreis wird steigen. Es beschleicht einem das Gefühl, der Entwicklungsschwerpunkt Luzern-Süd sei für die Exekutive der involvierten Gemeinden Pfannenfertig. Die Einwohnerräte müssen jetzt einfach ja sagen oder sonst gibt es nichts. Die Sorge der SP/JUSO-Fraktion ist, dass der Einwohnerrat in ein paar Jahren feststellt, dass er das eigene Grundstück zum Discountpreis veräussert hat und von einem grossen Investor über den Tisch gezogen wurde. Investoren handeln bekanntlich aus rein ökonomischer Sicht. Ein finanzpolitischer Landverkauf ist nicht nachhaltig. Besonders weil die Verkaufseinnahmen in die laufende Rechnung fliessen und nicht für neue Investitionen zurückgestellt werden. Die Abgabe der Liegenschaft an den Investor im Baurecht ist sicher komplizierter, würde aber ein Baurechtszins einbringen und das Grundstück bliebe im Besitz der Gemeinde. Die SP/JUSO-Fraktion ist aber auch im Mattenhof für einen Entwicklungsschub und will deshalb das Projekt nicht noch lange verzögern oder sogar verhindern. Sie ist nicht mit Begeisterung aber mit Verstand für das Eintreten auf den B+A.

Gemäss Maurus Frey hat man schon viel über die Qualitäten des zum Verkauf stehenden Areals gehört. Der Gemeinderat hat es mit seiner Aussage in der Zeitung auf den Punkt gebracht: „Von all unseren Grundstücken ist das Mattenhof-Areal jenes mit dem höchsten Potential.“

Mit der direkten Anbindung an die S- und Autobahn, die grüne Allmend und die neue Langsamverkehrsachse direkt ins Herzen der Stadt, ist das Land ein Filetstück des Krienser Gemeindegutes. Die Grüne Partei ist für eine weitere Entwicklung im Mattenhof. Zugunsten dieser Entwicklung wollen sie den Verkauf des Landes nicht kategorisch ausschliessen. Das Land beim Mattenhof gehört, im Gegensatz zum Land im Krienser Zentrum, nicht zu den strategischen Landreserven. Darum und durch die Portionierung der Flächen unter verschiedenen Besitzern, zwingt sich eine Abgabe im Baurecht nicht auf. Die Grüne Partei will eine Weiterentwicklung in Richtung urbanes Zentrum im Mattenhof fördern und auf diesen Bericht und Antrag eintreten. Man ist mit der Erwartung, dass der Gemeinderat durch hartnäckiges und engagiertes Verhandeln einen guten Preis für dieses Krienser Filetstück erzielt hat, an den B+A herangegangen. Doch genau diesen Preis finden sie tief, sehr tief sogar. Wie in aller Welt kann es sein, dass alle von diesem Land vorschwärmen, der Gemeinderat schlussendlich aber ein Verkaufspreis von Fr. 800.00 pro m<sup>2</sup> vorschlägt? Die Gemeinde Horw hat ein ähnlich gelagertes Grundstück in 1 km Luftlinie Distanz (Kreisel Bahnhof: Allmendstrasse – Ringstrasse) mit der Grösse von 985 m<sup>2</sup> für 10 Mio. Franken verkauft! Das sind über Fr. 10'000.00 pro m<sup>2</sup>. Oder 12-mal mehr als die Gemeinde Kriens kriegt. Das lässt die Grüne Partei stutzen. Der Vertrag der Gemeinde Horw beinhaltet weiter substantielle Bedingungen für den Käufer. So wird die Erschliessung des Areals mit Strasse und Leitungen dem Käufer angelastet und ein unverzüglicher Baubeginn mit Berechtigung einer Konventionalstrafe ist festgeschrieben. Das ist ein Horwer Geschäft. Die Umstände im

Mattenhof können anders liegen. Damit man den vom Gemeinderat Kriens ausgehandelten Preis verstehen kann, braucht man vom Gemeinderat weitere Informationen:

1. Warum ist der Preis für das Grundstück nicht durch eine öffentliche Ausschreibung ermittelt worden?
2. Erachtet der Gemeinderat den Betrag immer noch als vertretbar, wenn man die Preise betrachtet, welche für Land in Horw oder W2-Land in der Kuonimatt, welches zu Fr. 700.00 verkauft wird, bezahlt werden?
3. Wie hat sich der Preis während der Verhandlung entwickelt?
4. Wollte der Gemeinderat nie mehr?
5. Wurde die unabhängige Preisschätzung vor oder nach der Festlegung/Nennung des Kaufpreises in Auftrag gegeben?

Aus der Aussage des Gemeinderats in der Zeitung interpretiert der Sprechende etwas überspitzt folgendes: „Wir haben den budgetierten Preis genannt und die Käuferin war gleich damit einverstanden. Den Preis haben wir dann noch von unabhängiger dritter Stelle überprüfen lassen.“ Das ist keine gewissenhafte oder zumindest keine nachvollziehbare Verhandlung zugunsten der Gemeinde. Am 31. März dieses Jahres hat die Gemeinde Kriens im Kantonsblatt eine Investoren-Submission zum Teiggi-Areal ausgeschrieben. Ein weiteres Krienser Filetstück steht zum Verkauf. Maurus Frey fragt den Gemeinderat an, was die Resultate aus diesem Submissions-Verfahren sind. Der Bebauungsplan Teiggi macht einschneidende Auflagen. Welcher Preis ist hier erzielt worden? Der Einwohnerrat braucht diese Information, um die Konditionen im Mattenhof in Relationen setzen zu können. Der Preis von Fr. 800.00 pro m<sup>2</sup> für ein Grundstück an bester Lage in Kriens ist vor den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu rechtfertigen. Wenn die bereits angefallenen und noch entstehenden Leistungen für die weitere Erschliessung, den Wettbewerb, die Mitwirkung durch die Behörden oder die eventuelle Entsorgung der Altlasten vom Verkaufspreis abrechnen, ist man nicht mehr weit vom Verhökern entfernt. Die Grünen wollen keine Preistreiberei und Landspekulation fördern! Es bleibt aber festzuhalten, dass zwischen Preistreiberei und einem Freundschaftspreis ein marktgerechter Preis liegt. Dieser wurde mit Fr. 800.00 pro m<sup>2</sup> verfehlt. Welcher Umstand rechtfertigt einen solchen Freundschaftspreis in der aktuellen finanziellen Situation? Die Gemeinde Kriens kann es sich schlicht nicht leisten, freiwillig auf marktgerechte Einnahmen zu verzichten. Man kann es sich nicht leisten mit den Schultern zu zucken und alles als Bauförderung für die Entwicklung in diesem Gebiet abzutun. Andere grosse Projekte im Gebiet liegen vor und sind bewilligt. Ein Stimulus-Programm der Gemeinde Kriens braucht es nicht. Man kann es sich auch nicht leisten. Ein solch tiefer Preis wäre für die Grünen einzig akzeptabel, wenn die Gemeinde Kriens durch Auflagen zu einem erheblichen Mehrwert kommen würde. Mehrwert wie Alterswohnungen oder günstiger Wohnraum. Die Bedingungen für den Käufer sind jedoch recht ungezwungen und grosszügig. Wenig bis keine von den qualitativen Bedingungen für Bauprojekte, welche die CVP jüngst in einem Vorstoss verlangte, wurden hier verbrieft oder verbindlich festgeschrieben. Man muss zum Schluss kommen, dass die hier ausgehandelten Konditionen bei weitem nicht marktgerecht sind und sich auch nicht auf Grund anderer, überdurchschnittlicher Leistungen des Käufers erklären lassen. Die Grüne Partei kann den Verkauf zu diesem Preis weder den heutigen noch den zukünftigen Krienser Bürgern und Steuerzahlern erklären. So können sie diesem B+A nicht zustimmen und rufen den Gemeinderat damit auf, den Verkaufspreis neu zu verhandeln oder zumindest die Zusammensetzung des Preises genau zu erklären.

Martin Heini stellt fest, dass das Eintreten durch Fraktionen nicht bestritten ist.

Daniel Piazza, namens der JCVP, vertraut dem Gemeinderat und seinem Geschick in den Verhandlungen zusammen mit der Stadt Luzern sowie der Firma Mobimo. Gespräche mit den Verhandlungsführern, Matthias Senn und Guido Solari, haben glaubhaft gezeigt, dass unter den gegebenen Umständen clever und weitsichtig verhandelt wurde. Es ist wichtig, dass von der heutigen Einwohnerrats-Sitzung das Zeichen ausgeht, dass die Krienser Raum für Dynamik schaffen, nach vorne schauen und wollen, dass sich die Gemeinde Kriens sowie das Gemeindegebiet so gut wie möglich entwickelt. Zu oft hat der Einwohnerrat in der Vergangenheit ein schlechtes Bild abgegeben. Mäkeln da, nörgeln dort. Von aussen wurde man mehrfach darauf angesprochen, ob denn dem Krienser Parlament eigentlich nichts recht sei. Mit diesem Projekt, welches der Einwohnerrat durch sein Einverständnis mit dem Verkauf der Liegenschaft Mattenhof 1 ermöglicht, kann wertvoller urbaner Wohn- und Büroraum geschaffen werden. Der Sprechende ist sich sicher, dass auch zukünftige Generationen noch stolz darauf sein werden. Man sollte die Leinen für eine positive Gemeindeentwicklung los lassen und den goldenen Spatz in die Hand nehmen und nicht versuchen, nach der silbrigen Taube auf dem Dach zu greifen. Denn solche Chancen kommen zu oft nur einmal. Nun sollte sie gepackt werden. Deshalb unterstützt die JCVP den B+A. Es lohnt sich, kritisch zu sein. Aber der Sprechende denkt, dass die Leute zum Teil sicher damit Recht haben, dass es die eierlegende Wollmilchsau einfach nicht gibt. Es gibt immer Wehrmutstropfen oder auch Zweifel. Aber wenn der Vorteil und die Chancen derart überwiegen wie bei diesem Projekt, dann muss man auch mutig sein und voran schreiten.

Gemäss Roger Erni hat sich dieser Rat im Jahr 2009 für eine städtebauliche Entwicklung von hoher Qualität mittels Planungszone Mattenhof entschieden. Lidl wurde unter anderem so verhindert. Nun liegt der erste B+A der neuen Legislatur vor und man kann losjubeln. Auch die FDP-Fraktion, eigentlich die gesamte Gemeinde Kriens, hat Grund zur Freude. Weshalb noch um einige Franken mehr pro m2 kämpfen? Als Staat sollte man für gute Rahmenbedingungen sorgen und die Mobimo das Beste mit dem Grundstück machen lassen. Man soll das Land für Fr. 800.00 pro m2 verkaufen und schauen, was sich daraus entwickeln kann. Durch diesen Verkauf hat die Gemeinde Kriens einen mehrfachen Kickback aus diesem Geschäft. Eine kleine fünfteilige Erfolgs Geschichte aus dem Verkauf Mattenhof 1:

1. Heute wird die Liegenschaft für 4.3 Millionen verkauft und damit ein ganz wichtiges Signal, u.a. auch für die Stadt Luzern, welche Anfang 2013 das Geschäft im grossen Stadtrat berät, gesetzt.
2. Die Stadt Luzern verkauft ihre Liegenschaft auch für 3.3 Millionen Franken (und schon fällt ein erstes Mal ein schönes Stück Liegenschaftsgewinnsteuern an Kriens zurück).
3. Die Mobimo findet bereits im Jahr 2013 eine gewaltige Unternehmung (die Chancen stehen rüüüdig guet), welche auf dieser Parzelle mit diesen Möglichkeiten, sozusagen in der Stadt und doch auf dem Land, ihren Hauptsitz baut und in den kommenden Jahren ab 2016 jedes Jahr 3-8 Mio. Franken an Kommunalsteuern bezahlt.
4. Mit diesem Zugpferd werden in Kürze viele weitere Gewerbequadratmeter und in der Folge auch die Wohnungen vermietet. Viele, neue, potente Steuersubjekte ziehen nach Kriens.
5. Die Steuern sind im Jahr 2020 unter dem Niveau der Stadt Luzern.

Ein Hurra auf den B+A Nr. 1, ein Hurra auf Alex Willi, ein Hurra auf die schöne Gemeinde Kriens.

Maurus Frey findet die guten Ideen der SVP zur Abklärung des Marktpreises faszinierend. Aber schlussendlich will die SVP trotzdem sofort verkaufen. Er sieht den Gewinn für die Gemeinde nicht bei diesem tiefen Verkaufspreis. Er widerspricht der Aussage von Daniel Piazza,

dass die Nachkommen dafür dankbar sein werden. Er denkt, dass eher das Gegenteil der Fall sein wird.

Nach Erich Tschümperlin geht es nicht mehr lange, bis beim Budget wieder kleinste Beträge, wie die Elternbriefe, bei der Musikschule, beim Informatikunterricht, gestrichen werden. Immer wieder wurde gesagt, dass es kein Tabu geben darf, dass man alles anschauen muss. Man hat gar von der Motorsäge gesprochen. Beim Mattenhof stellt der Sprechende fest, dass es sehr wohl ein Tabu gibt, nämlich den Preis. Der Preis von Fr. 800.00 pro m2 bildete nicht der Markt, es fand keine Ausschreibung statt. Die Mobimo AG hat sehr gut verhandelt. Bei einem Preis von Fr. 1'000.00 pro m2 hätte Kriens über 1 Mio. Franken, bei Fr. 1'200.00 pro m2 hätte man über 2 Mio. Franken zusätzlich in der Kasse. In Zeiten wo Schulhäuser über lange Zeit geschlossen werden müssen, weil die Decken morsch sind, ist der Sprechende nicht bereit einer privaten, börsenkotierten Firma Geld zu schenken. Die Gemeinde Kriens kann sich ein solches Geschenk nicht leisten. Man muss hier auch keine Anschubfinanzierung für das Mattenhofquartier leisten. Die Grüne Partei will auch keine Spekulanten. Aber dass man einen 12-mal kleineren Preis akzeptiert als denjenigen in Horw, und das auch noch gut findet, verstehen sie nicht. Sogar die FDP spricht von einem Discountpreis. Es stehen grosse Investitionen an für Kriens. Dass die Grüne Partei und die Jungen Grünen als einzige verlangen, dass der Marktpreis bestimmt wird, verstehen sie nicht. Kriens braucht das Geld dringend. Auch das Argument, dass man dann bei den Steuererträgen profitieren wird, sticht nicht. Dafür setzt man auf das falsche Pferd. Wohnungen bringen massiv mehr Steuern ein als Unternehmen. Das ist das Resultat der bürgerlichen Steuersenkungspolitik, der Unternehmenssteuerreform. Bei Einsparungen bei den Krienserinnen und Kriensern kennen die bürgerlichen kein Tabu. Beim Landverkauf an ein privates, gut rentierendes Unternehmen ziehen sie die Samthandschuhe an. Die Grüne Partei und die Jungen Grünen wollen das Projekt Mattenhof nicht verhindern, aber sie wollen einen fairen Preis für Kriens.

Verena Wicki hat die Vision einer lebendigen Stadt, die Arbeit, Wohnen und Kultur vereint. Es soll bezahlbarer Wohnraum in guter Qualität entstehen. Für die Preisdiskussion hat die CVP Verständnis. Die Erwartung an einen Marktpreis von Fr. 10'000.00 ist unrealistisch. Die Sprechende betrachtet das Projekt als Ankerprojekt. Daraus kann sich etwas entwickeln. Sie hat das Vertrauen, dass daraus etwas entstehen kann. Sie unterstützt dieses Projekt.

Maurus Frey möchte festhalten, dass man keine Garantie für günstigen Wohnraum im Mattenhof hat. Weder im Vertrag noch im Gestaltungsplan ist etwas festgeschrieben.

Nach Roland Schwizer haben alle Einwohnerratsmitglieder am Anfang der Legislatur einen Eid geschworen oder ein Gelübde abgelegt, dass man das Beste für die Gemeinde Kriens macht. Er hat langsam das Gefühl, dass man das nicht macht. Der Landpreis ist einfach zu tief. Man muss schauen, dass das Optimum herausgeholt werden kann.

Toni Bründler erinnert daran, dass die Gemeinde Kriens vor vielen Jahren ein grosses Grundstück am Sonnenberg gekauft hat, im Hinblick darauf, dieses zu überbauen. Jetzt wehren sich verschiedene Parteien dagegen. Man soll nicht nochmals denselben Fehler machen.

Bruno Bienz steht dazu, dass die Grüne Partei den Sonnenberg nicht einzonen will. Das Volk hat das klar abgelehnt. Was das Volk entscheidet wird berücksichtigt. Ist das bei der SVP nicht so?

Nach Hans Gartmann wissen nur wenige hier, wie das damals beim Geschäft Sonnenberg gelaufen ist. Das Volk stimmte dem Kauf zu. Es hiess, dass man die 8 Mio. Franken durch den Verkauf wieder zurückholen kann.

Räto Camensich ist auch der Meinung, dass Fr. 800.00 pro m<sup>2</sup> nicht das Höchste aller Gefühle sind. Noch teurer kommt es allerdings, wenn man im Mattenhof nun alles stehen lässt. Es soll Steuersubstrat für Kriens generiert werden. Er will ein sauberes, seriöses Projekt das rasch los geht.

Rolf Schmid schliesst sich der Meinung von Räto Camensich an. Verkauft man den Mattenhof an Spekulanten, besteht die Möglichkeit, dass der Investor darauf hin kein Geld mehr hat um in einer guten Qualität zu bauen. Folglich können die Liegenschaften nicht verkauft werden und für die Gemeinde Kriens entstehen Kosten.

Christine Kaufmann-Wolf weist Toni Bründler darauf hin, dass die CVP ganz klar weiss was sie will. Es ist für sie klar, das Grundstück an die Mobimo zu verkaufen. Die CVP ist mit dem Preis zufrieden, weil es gute Rahmenbedingungen gibt. Bezogen auf die Voten der Grünen Partei meint die Sprechende, dass es an der Zeit ist, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Fr. 10'000.00 pro m<sup>2</sup> ist utopisch. Fr. 1'000.00 pro m<sup>2</sup> wären schön, aber das würde für die nächsten Jahre einen Stillstand in der Entwicklung im Mattenhof bedeuten. Zudem geht rund um Kriens die Post ab. In Horw, Malters und dem Seetalplatz in Emmen werden neue starke Zentren gebaut. Heute sind noch Investoren finanzstark und an solchen Projekten interessiert. Wie sich die Wirtschaft in den nächsten 2-4 Jahren entwickeln wird, weiss man nicht. Daher ist es denkbar schlecht, wenn man auf einen solchen finanzstarken Investor und sein qualitativ gutes Projekt verzichten würden.

Erich Tschümperlin möchte klar stellen, dass sie die Relationen wahren wollen. Wenn man der Grünen Partei vorwirft, dass sie Spekulation betreibt, weil sie pro m<sup>2</sup> Fr. 200.00 mehr fordert, ist das irrwitzig. Man sollte sich nicht dem Zugzwang unterwerfen. Das ist die Verantwortung des Einwohnerrates.

Gemäss Yanik Kloter gibt es keinerlei Zusicherung, was die Mobimo schlussendlich macht. Man hofft, dass sich grosse Unternehmen ansiedeln. Alle hier stützen sich auf das Prinzip Hoffnung. Alle sollten sich dessen bewusst sein.

Matthias Senn spricht ein Lob auf die intensive Kommissionsarbeit in der FGK und in der BK aus. Man hat sich informieren lassen, hat intensiv diskutiert, Fragen gestellt und die FGK hat sogar eine Verbesserung der Zahlungsbedingungen erreicht. Während der Diskussion wurde mehrmals gefragt, weshalb keine öffentliche Ausschreibung gemacht wurde. Auf dem Plan auf Seite 10 des B+A's sieht man, dass die Mobimo nicht nur eine Nachbarin ist, sondern dass ihre Grundstücke und jener der Gemeinde Kriens ein Areal sind. Eine Überbauung kann nur auf dem gesamten Areal erfolgen. Es handelt sich vielmehr um drei Miteigentümer eines Areals als um drei Nachbarn. Im Februar 2006 haben die Grundeigentümerinnen beschlossen, die Erschliessungsstrasse zu realisieren. 2008 hat man einen Wettbewerb über das ganze Areal ausgeschrieben. Deshalb wurde auch die Absichtserklärung unterzeichnet. Es wurde vereinbart, dass gemeinsam ein Gestaltungsplan erarbeitet wird. Zur Frage nach dem Preis meint der Sprechende, dass das Grundstück nicht mit jenem der Gemeinde Horw verglichen werden kann. Es hat eine ganz andere Wertschöpfung. Das Grundstück vis-à-vis vom Südpol

ist für Fr. 650.00 pro m<sup>2</sup> ausgeschrieben. Das Areal Hinterschlund wäre deutlich unter Fr. 800.00 pro m<sup>2</sup> angeboten worden. Die einzige Ausnahme, die dem Sprechenden bekannt ist, ist der Schweighofpark. Bezüglich Altlasten führt Matthias Senn aus, dass das Grundstück früher in der Landwirtschaftszone war. Aufgrund der Analyse ist man zum Schluss gekommen, dass das Risiko sehr gering ist. Mit der Klausel „Teile des Objektes“ ist im Vertrag das Stockwerkeigentum gemeint. Die Gewinnbeteiligung kommt zur Geltung, wenn die Mobimo Teile verkauft die nicht überbaut sind. Das Gebiet ist heute ein typischer Vorort. Jetzt hätte man die Chance, etwas zu ändern.

### ***Detailberatung***

Maurus Frey kommt nochmals auf seine Frage zurück. Er möchte vom Gemeinderat wissen, weshalb der Preis nicht öffentlich ausgeschrieben wurde und ob man schon etwas vom Submissionsverfahren und zum Grundstückspreis für das Teiggi-Areal weiss. Der Sprechende macht folgenden Vergleich: Er möchte sein Velo verkaufen und sein Kollege bietet ihm dafür Fr. 200.00. Bei diesem Angebot würde er sich insgeheim nochmals überlegen, wie viel er für das Velo sonst bekommen könnte. Das Gleiche trifft nun auf die Mobimo AG zu. Diese ist ein guter und auch der richtige Partner für das Projekt. Man sollte aber trotzdem über einen fairen Preis verhandeln.

Gemäss Matthias Senn hat die Mobimo AG das Vertrauen des Gemeinderates. Die Mobimo AG sei ein zuverlässiger, kompetenter und nachhaltiger Vertragspartner. Am Anfang hat man nicht über den Verkaufspreis verhandelt, das passierte in einem zweiten Schritt. Es wurde zu Beginn sowie am Schluss eine Marktpreisschätzung vorgenommen, wobei die Redinvest AG beigezogen wurde. In einer ersten Berechnung wurde geschaut, welche Marktpreise üblich sind. Es wurde intensiv analysiert.

Beim Teiggi-Areal läuft das Verfahren zurzeit noch. Zum Preis kann der Sprechende deshalb noch nichts sagen. Zuerst muss der Zuschlag des Gemeinderates abgewartet werden, erst dann kann man mit diesen Informationen an die Öffentlichkeit.

### ***Seite 5, 3.2 Nachhaltigkeit***

René Zosso hat bereits in seinem Votum auf die Textpassage „Für das Projekt „Mattenhof Luzern-Süd“ verpflichtet Mobimo sich im Gestaltungsplan, auf der Basis des SIA-Effizienzpfades Energie zu arbeiten...“ hingewiesen. Er bittet den Gemeinderat dies zu klären.

Gemäss Guido Solari ist das auf Seite 8 unter Punkt 12 im Vertrag geregelt. Dort seien zwei Bestimmungen geregelt. Im ersten Abschnitt wird erwähnt, dass die Überbauung auf der Basis des SIA Effizienzpfades Energie zu planen und realisieren sei. Im zweiten Teil ist die Erklärung aus dem öffentlich rechtlichen Gestaltungsplan enthalten.

### ***Seite 6, 4. Verkauf des gemeindeeigenen Grundstücks***

Nach Michael Günter ist das Vorgehen im Projekt dargestellt. Wenn die Gemeinde für Fr. 800.00 an die Mobimo AG verkauft, ist es für diese umso wichtiger, das Grundstück der Stadt Luzern ebenfalls zu kaufen. Man kann davon ausgehen, dass die Stadt bei diesem Verkauf mehr Widerstand leistet als die Gemeinde Kriens. Deshalb ist es durchaus realistisch, dass die Mobimo AG der Stadt Luzern schlussendlich Fr. 150.00 bis Fr. 200.00 mehr bezahlt. Was ist, wenn dies tatsächlich der Fall wäre?

Gemäss Matthias Senn war von Anfang an klar, dass die Gemeinde Kriens und die Stadt Luzern mehr oder weniger denselben Vertrag abschliessen. Einzelne spezifische Abweichungen wird es geben. Mit der Gemeinde Kriens wird zum Beispiel zusätzlich ein Punkt bezüglich Grundwasser geregelt und mit der Stadt Luzern ein Punkt bezüglich Gestaltungsplan der Industriegeleise.

**Seite 7, 5. Wichtige Vertragsbestimmungen**

Michael Günter hat zur Gewinnbeteiligung bereits zweimal eine Frage gestellt. Diese hat der Gemeinderat jedoch noch nicht beantwortet. Bei der Beteiligung geht es darum, dass die Gemeinde eine Gewinnbeteiligung bekommt, wenn die Mobimo AG das gekaufte Grundstück unbebaut weiter verkauft. Sofern bei einem Weiterverkauf ein Gebäude bereits fertiggestellt ist, erhält die Gemeinde keine Gewinnbeteiligung. Der Sprechende möchte vom Gemeinderat wissen, was in der sogenannten „Grauzone“ passiert, d.h. wenn das Gebäude beim Verkauf noch nicht fertiggestellt, noch im Rohbau ist. Dieser Fall ist im Vertrag nicht geregelt.

Nach Guido Solari ist es richtig, dass der Fall vom Rohbau im Vertrag nicht erwähnt ist. Gemäss Vertrag bezieht sich die Gewinnbeteiligung auf unbebautes Land. Wenn die Mobimo AG mit dem Bau beginnt, handelt es sich nicht mehr um unbebautes Land und die Gewinnbeteiligung kommt nicht mehr zur Anwendung.

Zu den Dokumenten Gestaltungsplan, welcher zur Kenntnisnahme vorliegt und zum Dokument „öffentliche Urkunde“ sind keine weiteren Wortmeldungen eingegangen.

Nachdem keine Anträge eingegangen sind und kein Rückkommen verlangt wurde, liest Martin Heini den **Beschlussestext** vor:

1. *Der öffentlich beurkundete Kaufvertrag vom 6. November 2012 zwischen der Einwohnergemeinde Kriens und der Mobimo AG über den Verkauf des Grundstückes Nr. 3831 zu einem Preis von Fr. 4'336'800.00 wird genehmigt.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

**Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag „Verkauf der Liegenschaft „Mattenhof 1“ Grundstück Nr. 3831, Grundbuch Kriens (Nr. 001/12):**

Der Beschlussestext wird mit 26:7 Stimmen genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	nein
Hahn, Alex	ja

Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

## 5. Bericht und Antrag: Auflösung des Fonds de Roulement der Gemeinde Kriens Nr. 005/12

Roger Erni, namens der FGK, fragt ob bekannt war, dass auf Anregung von Alexander Wili eine Liste mit 20 Massnahmen, Erlassen und Reglementen entdeckt wurde, welche nicht mehr benötigt werden. Dies ist eine sogenannte Anti-Bürokratie-Massnahme. Die Regierung hat unter anderem festgestellt, dass seit 22 Jahren ein Beschluss zur Förderung gemeinnütziger Beiträge, namentlich der Fonds de Roulement, in der Gesetzessammlung vorhanden ist. Im Archiv sowie auf Nachfrage beim Ex-Finanzchef, Franz Bucher, fand man bloss zwei Geschäfte, welche aufgrund dieses Beschlusses durchgeführt wurden. Dies war zum einen ein Zinszuschuss von Fr. 10'000.00 an die Allgemeine Baugenossenschaft und zum anderen ein Darlehen von Fr. 200'000.00 an die Genossenschaft GPW, welches im Jahr 2009 amortisiert wurde. Die FGK hat dieser Auflösung nach kurzer Diskussion einstimmig zugestimmt.

Gemäss Daniel Piazza stimmt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dem Bericht und Antrag „Auflösung des Fonds de Roulement der Gemeinde Kriens“ zu. Die Nachfrage war weder in den Hochzinsphasen in den Neunzigerjahren, noch in den nachfolgenden Jahren mit stetig sinkendem Zinsniveau wirklich gegeben gewesen. Während dem 21-jährigen Bestehen wurden nur zwei Darlehen mit Zinszuschuss an gemeinnützige Bauträger gewährt. In der heutigen Zeit, mit historisch tiefen Zinsen, wie sie seit Bestehen der Eidgenossenschaft noch nie da war, macht ein solcher Fonds keinen Sinn mehr. Allerdings ist es der CVP/JCVP/GLP-Fraktion ein wichtiges Anliegen, dass der Gemeinderat ein Auge auf die Entwicklung im Miet- und Wohneigentumsmarkt der Gemeinde Kriens legt. Die Wohnkosten im Kriensertal sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Die enorme Preisdynamik, ausgehend vom städtischen Ballungszentrum Luzern, schwappt mehr und mehr auf die Agglomeration über. So stark, dass preisgünstiges Wohnen auch in Kriens immer seltener wird. Für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist es deshalb wichtig, dass der Gemeinderat im Rahmen seiner Möglichkeit, zum Beispiel bei Investorenausschreibungen, ein Augenmerk auf preiswerte Mietwohnungen und Wohneigentum legt und sich für entsprechend begünstigende Rahmenbedingungen einsetzt.

Peter Portmann, namens der SVP-Fraktion, erwähnt, dass der Hypothekarzinsfuss bei 6.75 % lag, als der Fonds de Roulement im Jahr 1990 gegründet wurde. Nur zwei Jahre später, 1992, verlangte zum Beispiel die Zürcher Kantonalbank 7 %. Das war der höchste Zinssatz seit

1938. Heute verlangen die Banken, je nach Eigenkapital, zwischen 2 % und 2,5 % für variable Hypotheken. Unter diesen Umständen macht ein Fonds de Roulement keinen Sinn mehr. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und für die Auflösung des Fonds de Roulement der Gemeinde Kriens.

Gemäss Peter Fässler findet die SP/JUSO-Fraktion die Auflösung des Fonds de Roulement der Gemeinde Kriens als sinnvoll und ist für die Auflösung dieses Fonds. Dies umso mehr, da dieser gar keine finanziellen Mittel enthält. Der Fraktion liegt es aber sehr am Herzen, dass der soziale Wohnungsbau weiterhin von der Gemeinde gefördert wird. Vor allem soziale Wohnbaugenossenschaften sollten unterstützt werden. Bezahlbare Wohnungen sind für Kriens sehr wichtig.

Nach Erich Tschümperlin sind die Grünen und die Jungen Grünen für die Aufhebung des Fonds de Roulement. In dieser Form macht dieser keinen Sinn mehr. Andererseits ist die Grüne/JG-Fraktion der Ansicht, dass die Förderung von preisgünstigem Wohnraum durchaus auch im Interesse der Gemeinde ist und nicht nur in jenem der Krienser Bevölkerung. Dies kann die Gemeinde bei der sozialen Wohlfahrt dauerhaft entlasten. Dass die Nachfrage ausblieb, hat wohl damit zu tun, dass der Fonds praktisch niemandem mehr bekannt ist und von der Gemeinde auch nicht propagiert wurde. Es wurde gesagt, dass der Fonds aufgrund des tiefen Hypothekarzinses nicht mehr nötig ist. Das ist wohl nur die halbe Wahrheit. Tiefe Hypothekarzinsen führen nicht automatisch zu tiefen Mietzinsen.

Gemäss Paul Winiker war es tatsächlich eine Aufräumarbeit. Im Archiv hat man nur zwei Geschäfte gefunden. Zuerst dachte man, dass es nicht möglich ist, dass es nur so wenig dazu gibt. Im Fonds ist nichts mehr vorhanden, daher kann ein Regulativ aufgehoben werden, das nicht mehr gebraucht wird. Mit einem solchen Fond kann der geforderte preisgünstige Wohnraum nicht herbeigeführt werden. Der Sprechende stellt jedoch fest, dass es ein vermehrt geäussertes Anliegen ist, dass bezahlbarer Wohnraum vorahnend ist. Der Gemeinderat nimmt dieses Anliegen auf und wird sich überlegen, wie der preisgünstige Wohnraum in Kriens gefördert werden kann.

Martin Heini stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

### ***Detailberatung***

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Detailberatung. Da auch keine Anträge sowie kein Rückkommen verlangt wird, liest Martin Heini den **Beschlussestext**:

1. *Der Beschluss Fonds de Roulement der Gemeinde Kriens vom 15. November 1990 wird per sofort aufgehoben.*
2. *Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*
3. *Mitteilung an den Gemeinderat zum Vollzug.*

**Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag „Auflösung des Fonds de Roulement der Gemeinde Kriens“ (Nr. 005/12):**  
Der Beschlusstext wird einstimmig genehmigt.

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	ja
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

**6. Interpellation Graber: Weiteres Vorgehen beim Hergiswald-Neubau**

**Nr. 002/12**

Martin Heini fragt, ob die Interpellantin mit der Antwort zufrieden ist oder ob die Diskussion verlangt wird.

Kathrin Graber wünscht eine kurze Diskussion.

Martin Heini stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Nach Kathrin Graber sei der Auslöser für die vorliegende Interpellation, dass der Gemeinderat bei der Ortsplanung im Ortsplanungsentwurf beim Hergiswald eine Sonderbauzone vorsieht. Den über 20 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, welche diesen Vorstoss unterzeichnet haben, geht es darum, die notwendigen Auskünfte über diese Sonderbauzone zu erhalten,

damit man im November, wenn über die Ortsplanung entschieden wird, weiss, welche Auswirkungen eine allfällige Sonderbauzone hätte. Für die Beantwortung der Fragen und die Informationen wird dem Gemeinderat gedankt.

Zusätzlich möchte die Sprechende noch einige persönliche Bemerkungen abgeben, die ihr beim Lesen der Beantwortung aufgefallen sind:

- Die Interpellation schafft Klarheit, dass der Betonklotz nicht beim Gebäudeensemble Hergiswald, das als Ortsbild von nationaler Bedeutung geschützt ist, gebaut wird.
- Auch wenn der Gemeinderat dies bei Frage 2 nicht ausdrücklich sagte, würde eine Sonderbauzone bei Neubauten vieles vereinfachen. Ob dies im Sinn des eidgenössischen Schutzes des Ortsbildes ist, ist nicht glaubwürdig. Es wird angezweifelt, ob eine Sonderbauzone wirklich notwendig ist, wenn der Wallfahrtsort und das Restaurant mittel- und langfristig weiter betrieben werden sollen. Über eine Sonderbauzone diskutieren kann man dann, wenn ein neues Projekt vorliegt, wie dies im Einwohnerrat auch schon einige Male gemacht wurde.
- Viele Fragen sind allerdings auch noch offen, nämlich, ob eine Sonderbauzone überhaupt rechtlich zulässig ist und ob der Gemeinderat an einer Sonderbauzone für den Hergiswald festhalte oder nicht. Man kauft die Katze im Sack, wenn man Ende November einer Sonderbauzone zustimmen würde, ohne dass man weiss, was nun auf dem Hergiswald geplant wird.
- Die politische Diskussion mit der Petition über den Neubau und auch die Urteile des Bundes- und Verwaltungsgerichts haben offenbar ein Umdenken beim Gemeinderat und bei der Albert-Köchlin-Stiftung ausgelöst. Neu will nämlich der Gemeinderat bei der Ortsplanung einen Antrag stellen, dass ein neues Projekt vor dessen Realisierung durch eine eidgenössische Fachkommission begutachtet werden soll. Aufgrund des Urteils des Verwaltungsgerichts ist das sicher richtig und zwingend, wenn es um ein Ensemble von nationaler Bedeutung geht. Auch die AKS prüft nun, neben einem Neubau, einen Um- oder Anbau, was den Vorteil hätte, dass ein Bestandteil des unter Schutz stehenden Ensembles erhalten werden könnte.

Abschliessend ist die Sprechende auf den Gemeinderatsentscheid gespannt, ob er nun mit einer Sonderbauzone kommt oder nicht. Auf jeden Fall spricht heute alles gegen eine Sonderbauzone beim Hergiswald.

Gemäss Bruno Bienz dankt die Grüne/JG-Fraktion dem Gemeinderat für die Antworten auf die Interpellation. Es freut die Fraktion sehr, dass die Albert-Köchlin-Stiftung dieses umstrittene Neubauprojekt nicht mehr weiter verfolgt. Das gibt Raum für eine breit abgestützte Lösung.

Für die Grünen gibt es zwei Punkte, die aus diesen Antworten resultierten:

1. Die Sonderbauzone Hergiswald ist aus dem BZR ersatzlos zu streichen. Diese Sonderbauzone ist rechtlich bedenklich.
2. Da die AKS diesen Neubau nicht selbst baut, wird vom Gemeinderat erwartet, dass das Gasthaus Sonne wieder unter den Schutz der schützenswerten Objekte gestellt wird. Aufgrund des Neubauprojektes wurde das Gasthaus Sonne aus diesem Inventar genommen. Da jetzt der Neubau nicht kommt, soll der Schutz wieder hergestellt werden.

Zur Antwort 6 merkt der Sprechende an, dass die Grüne/JG-Fraktion mit der Aussage des Gemeinderates, dass der Hergiswald mit einer Sonderbauzone qualitativ weiter entwickelt werden kann, nicht einverstanden ist. Der Gemeinderat hat im Umgang mit den schützenswerten Objekten in den letzten Jahren keine Goldmedaille verdient. Er hat auch mit dem Neubauprojekt Hergiswald ein schlechtes „Gschnepf“ gezeigt. 2'500 Unterschriften sind ein klares

Signal. Vielleicht wäre es sinnvoll, kleinere Brötchen zu backen und das erste Projekt für den Um- resp. Anbau des Gasthauses Sonne wieder aus der Schublade zu holen. Diese Lösung schien den Ansprüchen für eine gute Zukunft des Wallfahrtsortes Hergiswald lange Zeit zu genügen.

Gemäss Beat Tanner begrüsst die FDP-Fraktion den Entscheid der Albert-Köchlin-Stiftung, auf das bisherige Neubauprojekt an diesem Standort zu verzichten. Ebenfalls wird begrüsst, dass eine Fachjury zusammen mit der eidgenössischen Kommission bei einem neuen Wettbewerbsverfahren Rahmenbedingungen ausarbeiten und das Projekt beurteilen werden. Je nach Projekt, welches durch die AKS zur Bewilligung eingereicht wird, kann sich die FDP eine Umzonung von der Landwirtschaftszone in eine Sonderzone vorstellen. Ebenfalls ist die FDP der Meinung, dass die Voraussetzungen so zu regeln sind, dass der Wallfahrtsort und das Restaurant auch in langfristiger Zukunft erfolgreich und nachhaltig betrieben werden kann und durch die breite Bevölkerung mitgetragen wird.

Matthias Senn hat eine klare Antwort vom rawi bekommen. Es gibt keine Vorprüfung und somit kein Verfahren. Der Gemeinderat wird voraussichtlich beantragen, dass die Zone aus der Ortplanung herausgenommen wird. Die AKS hat jedoch erwähnt, dass diese Sonderbauzone sehr wichtig ist. Es geht um die rechtliche Sicherstellung und um die rechtliche Nutzung. Das Gasthaus Sonne ist immer noch in Inventar der Kulturobjekte enthalten.

## **7. Postulat Graf: Erhöhung des Eintrittspreises für die neue Badi und Vergünstigung der Eintrittspreise für Einheimische Nr. 313/12**

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat das Postulat ablehnt.

Alfons Graf ist erstaunt, dass der Gemeinderat das Postulat ablehnt und Wochen später jedoch verkündet, dass bis im Jahr 2014 Preisanpassungen vorgenommen werden. Die Gemeinde braucht jetzt Einnahmen und nicht erst im 2014. Es wird immer auf die schlechte Finanzlage hingewiesen und wenn Ideen kommen, werden die Ampeln auf Rot gestellt. Die Badi hat schliesslich ihr Angebot mit dem Naturbad erhöht. Dann ist es natürlich, dass die Preise nach oben angepasst werden. Die Krienser Bevölkerung hat ein Anrecht auf tiefere Eintrittspreise, da die Badi mit deren Steuergeldern finanziert wurde. Es gibt viele Betriebe, welche die Einwohner bevorzugen. Ein Beispiel dafür sind die Bergbahnen. Da haben die Einheimischen immer Rabatt. In Kriens sollte dieses Tabu gebrochen werden. Die Zahl der Eintritte wird sicher nicht zurückgehen, auch nicht die Anzahl an auswärtigen Besuchern. Jedoch sollte das Parkplatzangebot ebenfalls beachtet werden. Nach dem Sprechenden soll das Postulat überwiesen werden um somit Mehreinnahmen für die Gemeinde zu generieren.

Für Christine Kaufmann-Wolf hat das Postulat Graf seine Berechtigung, über eine mögliche Erhöhung der Eintrittspreise nachzudenken. Vor allem in der jetzigen schwierigen finanziellen Situation. Und doch ist die Sprechende von diesem Schritt zum heutigen Zeitpunkt noch nicht überzeugt. Kriens hat nicht eine neue Badi, es handelte sich um eine dringend notwendige Sanierung. Damit Kriens wieder eine sichere und attraktive Badi hat, musste diese aus baulichen, technischen und sicherheitstechnischen Gründen saniert werden. Bei einer Erhöhung der Eintrittspreise müsste folgendes beachtet werden:

Wenn der Eintrittspreis um Fr. 1.00 erhöht wird, würde dies bei einer Mengenannahme von 100'000 Eintritten genau Fr. 100'000.00 betragen. Das ist sehr viel Geld! Wenn aber die Eintritte um 30'000 erhöht werden können, würde das heissen, dass Fr. 180'000.00 plus Konsumation vor Ort eingenommen werden. Darum sollte der erste Weg eine Generierung der Eintrittsmenge sein. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, sollten die Einwohnerräte die Badi in den Medien nicht mehr kritisieren. Kritik ist erlaubt, sie soll aber hier im Einwohnerrat konstruktiv eingebracht werden. Man kennt schliesslich keine Unternehmung, welche ihr neues Produkt mit noch vorhandenen Kinderkrankheiten selbst beim Kassensturz schlecht macht. Sollte man das Ziel von mehr verkauften Eintritten verfehlen, sollte nochmals über den von Alfons Graf vorgeschlagenen Schritt diskutiert werden.

Gemäss Bruno Bienz ist die Grüne/JG-Fraktion gegen die Überweisung dieses Postulates, jedoch nicht grundsätzlich gegen eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise. Der Gemeinderat zitiert in seiner ablehnenden Begründung die Abstimmungsbotschaft: „eine Erhöhung der Eintrittsgelder für die Badi ist nicht oder höchstens in geringem Ausmass geplant“. Da wäre der Volkswillen sicher nicht missbraucht, wenn man die Preise moderat um ca. 1 Franken anheben würde. Die Grüne/JG-Fraktion ist gegen das Postulat von Alfons Graf weil es kein taugliches Mittel gibt, um zwischen Einheimischen und Auswärtigen zu unterscheiden. Schliesslich ist man auch froh um die Gäste aus Luzern. Diese tragen auch zum Umsatz im Restaurant bei und helfen so, das Budget einzuhalten oder sogar zu übertreffen.

Diese Unterscheidung kann sowieso nur bei den Jahresabonnements gemacht werden und diese müssten, nicht gerade kundenfreundlich, bei der Einwohnerkontrolle abgeholt werden. Nur diese kann überprüfen, ob es sich wirklich um einen Krienser Einwohner handelt. Das führt auch zu mehr Personalaufwand in der Verwaltung. Diese Personalressourcen könnten sinnvoller und gewinnbringender eingesetzt werden. Zudem spricht der Postulant von einem massiven Ausbau der Anlage. Dieses Märchen ist einfach nicht tot zu kriegen. Es wurde lediglich eine 40-jährige Anlage modernisiert und instand gestellt. So müssen jetzt die vielen Gäste in der Badi zum Beispiel mit einem veralteten Restaurantkonzept vorlieb nehmen und längere Wartezeiten in Kauf nehmen, da aus Spargründen kein neues realisiert werden konnte. Wirtschaftlich gesehen ist das sicher ein fragwürdiger Entscheid. Aus diesen Gründen lehnen die Grünen und jungen Grünen dieses Postulat ab, fordern aber den Gemeinderat auf, die Preispolitik der Badi nochmals zu überdenken.

Eine Differenzierung bei den Badipreisen findet die FDP-Fraktion gemäss Mara Dalla Bona nicht sinnvoll. Es ist in den Augen der FDP zudem auch nicht ersichtlich, wie sich die SVP das genau vorstellt. Im Postulat wird einerseits eine Erhöhung des Eintrittspreises und andererseits eine Vergünstigung für die Krienser Bevölkerung gefordert, mit der Begründung, dass man ohne Erhöhung der Preise einen Leistungsausbau zum Nulltarif hätte. Wenn man aber jetzt die einen Preise erhöht und die anderen senkt, so hat man am Ende nichts weiter als wieder einen Leistungsausbau zum Nulltarif. Schlussendlich ist es mit mehr Kosten und Aufwand verbunden, die Einheimischen zu bevorzugen. Es ist auch nicht nötig, der Bevölkerung einen günstigeren Eintrittspreis zu gewähren. Wenn man das Parkbad mit den anderen Badeanstalten in der Nähe vergleicht, hat dieses verhältnismässig einen sehr günstigen Eintrittspreis. Was eine Erhöhung von den Preisen betrifft, so hat dies der Gemeinderat bereits für das Jahr 2014 vorgesehen. Die FDP Kriens hat sich jedoch gefragt, ob es nicht die bessere Lösung wäre, eine abgestufte Erhöhung vorzunehmen. Das heisst, bereits auf die Badesaison 2013 die Einzeleintritte um den vorgesehenen Franken zu erhöhen und im Jahr 2014, wie vorgesehen, die Abopreise um 10 Franken zu erhöhen. Die Überlegung dabei ist, dass man so im nächsten Jahr vielleicht mehr Abos verkaufen und durch die Einzeleintritte zudem auch noch mehr einnehmen könnte. Aufgrund dieser Ausführungen lehnt die FDP dieses Postulat ab.

Michael Günter erwähnt, dass man im Zusammenhang mit dem Neubau des Parkbades immer das Stichwort „Finanzpolitische Erbsünde“ hört. So wie die Badi damals an die Bevölkerung verkauft wurde, empfanden viele Bewohner nicht als richtig. Viele haben dem Gemeinderat, mit der Ablehnung der Steuererhöhung eine Abfuhr erteilt. Mit der Überweisung des Postulates würde man das Zeichen setzen, dass man mit dieser Sünde aufgeräumt hat. Es ist wichtig, dass man sieht, dass einerseits 13 Millionen Franken für die Sanierung ausgegeben wurde, andererseits jedoch dadurch auch Mehrleistungen hat.

Martin Heiz erzählt, dass er im Sommer die Ferien in der Schweiz verbracht hat. Er war erschrocken über die verschiedenen Badipreise. Einmal war er in einer Badi, da war das Becken gerade mal 15 x 15 Meter gross und der Eintritt kostete 6 Franken. Das Restaurant war höchstens ein Kiosk. In einer anderen Badi, welche jedoch auch grösser war, kostet der Eintritt unter der Woche Fr. 9.00 und am Wochenende Fr. 10.00 für auswärtige Besucher. Für die einheimischen Besucher kostet der Eintritt immer Fr. 6.00. Wenn man 20'000 Eintritte generieren möchte, müsste man auch das Parkplatzangebot ausbauen. Weiter möchte der Sprecher wissen, ob es am Abend einen vergünstigten Eintritt gibt, da viele nach der Arbeit noch eine Runde schwimmen wollen. Die Preispolitik sollte überprüft werden und daher muss das Postulat überwiesen werden.

Mario Urfer hat einen schönen Arbeitsplatz, von diesem sieht er direkt die Badi. Im Sommer gibt es nicht sehr viele Tage, an denen die Badi gefüllt ist. Weitere Parkmöglichkeiten gibt es im Hofmattparking. Die Distanz zum Parkbad ist machbar. Da auch viele Familien aufgrund ihrer finanziellen Situation zu Hause Ferien machen, sollte das Postulat abgewiesen werden.

Nach Erich Tschümperlin reisen die meisten Badigäste nicht mit dem Auto an. Daher ist auch der Ausbau der Parkplätze nicht nötig. Die reduzierten Preise am Abend findet der Sprechende eine gute Idee. Zum Begriff „Erbsünde“ merkt er an, dass er nicht verstehen kann, dass dies immer noch ein Thema ist. Die Alternative zum jetzigen Parkbad wäre die Schliessung der alten Badi gewesen. Jede Lösung, um die Badi zu erhalten, hätte über 10 Millionen Franken gekostet. Dass die Badi nach 40 Jahren abgeschrieben war, ist zwar schön, jedoch sind auch Unterhaltskosten entstanden. Der Sprechende findet, dass man die neue Badi nicht schlecht machen sollte.

Daniel Piazza findet, dass man sich fragen muss, wo der Hebel angesetzt werden soll und wo das Geld geholt wird. Es ist sicher der falsche Ansatz, dies bei den Familien resp. bei den Badegästen zu tun. Wenn die Eintrittspreise teurer werden, wird die Badi unattraktiv.

Für Cyrill Wiget wurden die Argumente sehr gut auf den Tisch gelegt, denn so sieht es auch der Gemeinderat. Es wäre schön, wenn man die Vergangenheit begraben könnte. Der Gemeinderat hat natürlich Verständnis für die Pro und Contras. Jedoch ist irgendwann der Moment da, wo man sich über die neue Badi freuen sollte.

Zum eigentlichen Anliegen erwähnt der Sprechende, dass ein gemeindenaher Betrieb wie die Badi wirtschaftlich geführt werden muss. Doch wie macht man das am besten? Aus Erfahrung weiss man, dass am Anfang immer weniger eingenommen wird. Der Gemeinderat hat jedoch ein Benchmark gemacht und hatte wenig Spielraum nach oben. Man kennt auch die Anlage von Emmen. Dort hat man jedoch gleichzeitig den Eintritt ins Hallenbad. Man könnte den Eintritt für Auswärtige schon auf Fr. 8.00 erhöhen, jedoch kann man diese dann nicht mehr nach Kriens holen. Jeder Krienser müsste 4-mal pro Jahr in die Badi gehen, damit die 100'000 Eintritte erreicht werden. Dies sei jedoch nicht möglich. Daher sind auswärtige Besucher für die Gemeinde wichtig.

Der Sprechende vergleicht die Eintritte mit der Milch im Coop. Wenn die Preise erhöht werden, hätte Coop zwar am Abend mehr Geld in der Kasse, jedoch auf längere Sicht nicht mehr Einnahmen, da die Kunden die Milch dann in einem anderen Laden günstiger einkaufen. Der Gemeinderat sieht es grundsätzlich gleich wie die FDP, jedoch möchte man erst ab 2014 die Erhöhung vornehmen. Im nächsten Sommer sollte es eine gute Presse über das Parkbad geben und viele Leute in die Badi locken.

Weiter erwähnt Cyrill Wiget, dass wenn man die Eintrittspreise für die Einheimischen senken würde, ziehen die anderen ebenfalls mit und somit hätte man eine 0:0 Situation. Die Krienser würden an einem anderen Ort mehr zahlen und die Auswärtigen in Kriens.

**Abstimmung über die Überweisung des Postulats Graf: Erhöhung des Eintrittspreises für die neue Badi und Vergünstigung der Eintrittspreise für Einheimische (Nr. 313/12):**  
Das Postulat wird mit 25:8 Stimmen abgelehnt.

Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	nein
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kloter, Yanik	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfele, Nicole	nein
Piazza, Daniel	nein
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

**8. Postulat Koch: Nachweisdokument (z.B. Arbeitsbestätigung) für die ehrenamtliche Arbeit als Einwohnerratsmitglied Nr. 318/12**

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

**9. Postulat Koch: Mehreinnahmen für die Gemeinde Kriens dank der Vermietung von ungenutzten, gemeindeeigenen Dachflächen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen Nr. 320/12**

Martin Heini stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den vorliegenden Vorstoss zu prüfen und entgegenzunehmen.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

**10. Postulat Portmann: Einführung einer Einbürgerungspauschale Nr. 321/12**

Martin Heini stellt fest, dass die Bürgerrechtskommission bereit ist, den Vorstoss zu überweisen.

Maurus Frey opponiert der Überweisung.

Da opponiert wird, erteilt Martin Heini das Wort dem Postulanten.

Gemäss Peter Portmann entsprechen die geforderten Einbürgerungspauschalen etwa dem Benchmark und sind nicht überrissen. Im Kanton Aargau etwa verlangen die Gemeinden für Ehepaare Fr. 2'000.00. Für unmündige Kinder, die in das Gesuch der Eltern einbezogen werden, werden Fr. 500.00 in Rechnung gestellt. Hier verweist der Sprechende auf die Ausgabe des Beobachters 16/11. Ausserdem würden die höheren Hürden die Einbürgerung von Sozialhilfbezüglern verhindern. Es ist auch selbstverständlich, dass ein Einbürgerungsbewerber grundsätzlich über ein eigenes Einkommen verfügen muss um seiner Familie dauerhaft eine ausreichende Lebensgrundlage zur Verfügung zu stellen. Ein weiterer Grund für die Rechtfertigung der Einbürgerungspauschalen sind oftmals ausserordentliche Aufwendungen, welche das normale Mass der Verfahren überschreitet. Das Kostendeckungsprinzip muss gewährleistet sein.

Nach Maurus Frey ist die Grüne/JG-Fraktion für kostendeckende Gebühren, welche auch die vom Bund und Kanton in Rechnung gestellten Auslagen decken sollen. Das Bundesgesetz über den Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts schreibt im Artikel 38 vor, dass Kantone und Gemeinde höchstens Gebühren erheben dürfen, welche die Verfahrenskosten decken. Der Gemeinderat hat dem Postulat mit dem Finanzplanungsbericht bereits vorgegrif-

fen bzw. vorgeschrieben. Die BRK soll und muss sich mit der Anpassung des Gebührentarifs auseinander setzen. Für die Grünen/JG kam dies überraschend, denn man ging aufgrund von Anpassung vor wenigen Jahren davon aus, dass die Tarife kostendeckend sind. Eine pauschalisierte Erhöhung, wie im Postulat gefordert und bereits vorgerechnet, einzig mit der Argumentation, im Vergleich zu anderen Gemeinden zu billig zu sein, lehnen die Grünen/JG ab. Der Verdacht drängt sich auf, dass man durch die Erhöhung der Gebühren die Hürde für die Einbürgerungs-Kandidaten höher setzen will. Dies, einzig in der Absicht, dass weniger Einbürgerungsgesuche eingereicht werden. Befremdend ist die Forderung nach einer Straf-Gebühr bei einer Ablehnung. Ein negativer Entscheid ist bereits jetzt schon eine grosse Strafe. Es ist nicht klar, woraus sich die zusätzlichen Gebühren für einen negativen Entscheid begründen sollen. Für die Grünen/JG ist klar: Der Preis einer Einbürgerung ist ein langer und erfolgreicher Integrationsprozess. Ein Prozess, welcher von den neuen Mitbürgern viel Fleiss, Anpassungsfähigkeit, Lernen und Freude an der Mitgestaltung in der Gemeinde abverlangen. Der finanzielle Preis für die Einbürgerung sollte so hoch sein, wie sie auch der Gemeinde Kosten verursacht. Der Schweizer Pass wird nicht an die Höchstbietenden verkauft. Es werden kostendeckende Tarife verlangt. Die BRK hat ihren Auftrag mit dem Finanzplanungsbericht bereits gefasst. Die Überweisung des Postulats ist somit mehr als nur überflüssig.

Räto Camenisch ist Mitglied der BRK und versichert dem Rat, dass man im Durchschnitt der umliegenden Gemeinden nachgezogen hat. Seit dem 1. Januar 2012 müssen die Gebühren bereits im Voraus bezahlt werden. Ansonsten ist kein Verfahren möglich. Die Gebühren müssten bar bezahlt werden und werden verwaltet, bis der Entscheid da ist. Die Anzahl an Gesuchen ist in der Zwischenzeit zurückgegangen.

Gemäss Rita Berger unterstützt die FDP-Fraktion die Überweisung des Postulates. Die Gebühren sind nicht immer gleich hoch, sie sind davon abhängen, wie viele Abklärungen durchgeführt werden müssen. Eine Pauschale macht durchaus Sinn und nicht, wie zum Teil in anderen Gemeinden, die Untersuchungen einzeln zu verrechnen. Dadurch würden die Verfahren nur noch komplizierter und teurer.

Für Roland Schwizer, namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, soll der Erwerb des Schweizer Bürgerrechts nicht nur besser verdienenden Antragsstellern ermöglicht werden. Die geltende Tarifstruktur wird als tragbare Variante erachtet, die von allen Interessenten bezahlt werden kann. Mit den Einbürgerungstarifen sollen die administrativen Kosten gedeckt werden. Im Vergleich zu umliegenden Gemeinden sei die Tarifgestaltung der Gemeinde Kriens eher am unteren Rand anzusiedeln. Die Stadt Luzern erhebt zudem eine zusätzliche Einbürgerungsgebühr von bis zu Fr. 3'000.00. Es ist die Aufgabe der BRK laufend zu prüfen, ob die Tarife die Kosten der Einbürgerungsadministration decken. Weiter ist abzuklären, wie sich die Einbürgerungspauschale der Stadt Luzern erklären lässt. Deshalb ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für die Überweisung des Postulats Portmann, damit die Tarifstruktur der Gemeinde Kriens überprüft wird.

Nach Peter Fässler, namens der SP/JUSO-Fraktion, fordert der Postulant, zusätzlich zu den Einbürgerungsgebühren eine Einbürgerungspauschale zu erheben. Dies mit der Begründung, dass die Gemeinde Kriens eine unterdurchschnittliche Einbürgerungsgebühr verlangt. Wenn man allerdings die vorliegenden Zahlen anschaut, stellt man fest, dass Kriens in 9 Fällen höher, in 5 Fällen tiefer und in 2 Fällen gleich hoch liegt wie die 16 Vergleichsgemeinden. Also muss man annehmen, dass der wahre Grund ein anderer ist. Könnte es eine Strafgebühr sein, die einbürgerungswillige Ausländer abschrecken soll? Sollten die Einbürgerungsgebühren wirklich zu tief sein, warum nicht ein Erhöhung der Gebühren? Denn eine zusätzliche Ein-

bürgerungspauschale braucht ein neues Reglement. Und dieser Aufwand ist sehr gross. Daher ist die SP/JUSO-Fraktion gegen die Überweisung dieses Postulates.

Erich Tschümperlin hat gehört, dass die Überprüfung der Gebühren eine laufende Aufgabe der BRK ist. Weshalb muss dann ein Vorstoss eingereicht werden?

Nach Räto Camenisch sind Gebühren und Pauschalen nicht das Gleiche. Die Gebühren decken die Unkosten und die Pauschalen werden als Einzelabgaben erhoben. Man sollte nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Die BRK hat die Gebühren gerade erst erhöht.

Gemäss Roland Schwizer, als Präsident der BRK, besteht seit 2006 eine neue Praxis für die Taxerhebung bei Einbürgerungsgesuchen. Früher wurde als Aufwandentschädigung ein bestimmter Prozentsatz des Vermögens und Einkommens erhoben, wenn das Schweizer Bürgerrecht verliehen wurde. Seit 2006 dürfen gemäss Bundesgericht nur noch kostendeckende Tarife verlangt werden. Dies führt dazu, dass heute in Kriens eine Familie/Ehepaare Fr. 1'500.00, Einzelpersonen Fr. 1'200.00 und Minderjährige Fr. 750.00 bezahlen, wenn sie eingebürgert werden. Bereits per 1. Januar 2011 änderte die Bürgerrechtskommission den Zeitpunkt der Fälligkeit der Beträge. Vorher wurde diese Taxe nur geschuldet, wenn das Einbürgerungsgesuch positiv beurteilt wurde. Bei einem negativen Entscheid verlangte die Gemeinde keine Taxe. Seit letztem Jahr ist dieser Betrag nun in jedem Fall geschuldet. Das zeige, dass die Bürgerrechtskommission laufend an der Überprüfung ihrer Prozesse und Abläufe ist. In diese Prüfung fällt auch die Tarifstruktur. Die BRK hat festgestellt, dass einzelne Kosten für die Tarifbestimmung nicht berücksichtigt wurden, was die BRK gerne aufgrund einer Kostenberechnung durchführen möchte. Auch soll abgeklärt werden, wie sich der Tarif in der Stadt Luzern zusammensetzt. Der Postulant rennt in dieser Hinsicht offene Türen ein. Aus diesem Grund ist die Bürgerrechtskommission mehrheitlich für die Überweisung des Postulats, damit die Tarife neu überprüft werden können.

### **Abstimmung über die Überweisung des Postulates Portmann: Einführung einer Einbürgerungspauschale (Nr. 321/12)**

Das Postulat Portmann wird mit 24:9 Stimmen überwiesen:

Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bründler, Anton	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Frey, Maurus	nein
Gartmann, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Günter, Michael	ja
Hahn, Alex	ja
Heiz, Martin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kloter, Yanik	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja

Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	nein
Piazza, Daniel	ja
Portmann, Peter	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	ja

## 11. Bericht Postulat B. Bienz: Brunnen für Kriens

Nr. 304/12

Bruno Bienz führt aus, dass aus dem vorliegenden Bericht entnommen werden kann, dass sich der Gemeinderat mit diesem Thema nicht auseinandersetzen will und auch keine Strategie dafür hat. Im Wasserversorgungsreglement ist mit keiner Silbe erwähnt, wie mit öffentlichen Brunnen umgegangen wird oder umgegangen werden soll. Mit dem Thema Rohwasser macht es sich der Gemeinderat auch sehr einfach. Was ist überhaupt Rohwasser? Als Rohwasser wird das Wasser bezeichnet, das aus einem Gewässer zur Nutzung als Trinkwasser entnommen wird. Es handelt sich um das Wasser, welches noch nicht aufbereitet wurde. Mit solchem Wasser würden wahrscheinlich die meisten Brunnen gespiesen werden. All diese abzustellen, wäre wirklich nicht bürgerfreundlich, und laut Aussagen des Bundesamtes für Umwelt völlig am Ziel vorbei geschossen. Aus rechtlichen Gründen wird empfohlen, ein Schild mit „Kein Trinkwasser“ an solchen Brunnen anzubringen. Es ist völlig verfehlt, aus diesen Gründen einfach die Brunnen verlottern oder abmontieren zu lassen. Wie bereits im Vorstoss erwähnt, sind Brunnen für verschiedene Gruppen wichtig. Auf eine Aufzählung verzichtet der Sprechende. Er fände es daher wichtig, dass die Gemeinde eine Strategie für ihre Brunnenpolitik hat. Welche Brunnen sollen oder werden bei Gelegenheit an die Wasserversorgung angeschlossen und welche nicht? Werden bei Brunnen mit Rohwasser regelmässig Wasserqualitätsprüfungen gemacht, wenn ja, wie oft? Damit nicht übermässig viel Wasser verbraucht wird, wäre auch zu prüfen, ob bei gewissen Brunnen allenfalls ein Hahn zum Abstellen montiert werden könnte? Zudem gibt es in Kriens sogar eine Brunnenwasserleitung, die nach Luzern fliesst. Viele Brunnen könnten an diese Trinkwasser-Leitung angeschlossen werden. Aber das scheint niemanden zu kümmern. Da die Grünen/JG auf diese Fragen keine Antwort erhalten haben, werden sie in Kürze eine Motion mit der Forderung nach einer Strategie öffentlicher Wasser in Kriens einreichen.

Gemäss Matthias Senn sollten die Brunnen weitergeführt werden. Jedoch hat die Wasserversorgung die Verantwortung und hat vor Krankheiten gewarnt. Man hat Angst, dass etwas passieren könnte. Wenn tatsächlich jemand erkranken würde, müsste auch jemand die Verantwortung dafür tragen. Heute wird es so gehandhabt, dass die Brunnen mit dem Schild „Kein Trinkwasser“ angeschrieben werden. Wenn die Brunnen an das Wasser angeschlossen werden, müssten lange Wasserleitungen gezogen werden. Dies hat zurzeit sicher nicht Priorität.

Gemäss Martin Heiz, namens der BK, gibt es zu diesem Traktandum eigentlich nicht mehr viel zu sagen, der Bericht gibt genügend Antworten. Es gibt dazu noch zu bemerken, dass Fassungen im Hochwald direkt in die Brunnen fliesen, mit einem gewissen Gefährdungspotential, da das Wasser nicht behandelt wird. Deshalb wird auch ein Schild angebracht „Kein

Trinkwasser“. Die Baukommission ist mit diesem Bericht und mit dem Vorgehen der Gemeinde einverstanden

Gemäss Viktor Bienz, namens der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, ist in Kriens ein grosses und sehr gepflegtes Naherholungsgebiet vorhanden, wie beispielsweise am Sonnenberg oder am Schattenberg Richtung Pilatus. LuzernPlus, das Netzwerk für Regionale Entwicklung, werden nach der Masterarbeit von Melanie Brunner das Projekt „Region Pilatus Freizeit & Erholung“ starten. Dieses Projekt beabsichtigt unter anderem die Aufwertung und Vernetzung des Naherholungsgebietes. Für die Bevölkerung sollen nachhaltige Sport- und Wanderrouten erarbeitet werden. Wie allen bekannt ist, gibt es auf einer Wanderroute nichts Schöneres als sich bei einem Brunnen mit kühlem Wasser zu erfrischen. Es ist doch falsch, wenn an allen Brunnen die Anschrift „Kein Trinkwasser“ steht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion bittet den Gemeinderat, als Beitrag für eine gesunde Erholung in der Freizeit für die Bevölkerung, die Brunnen in Zukunft mit Wasser zu speisen.

Nach Patrick Koch, namens der SVP-Fraktion, hat der eingereichte Vorstoss von Bruno Bienz seine Berechtigung. Es ist schade, dass der Gemeinderat diesen nicht gleich als Anlass genommen hat, um ein Inventar der bestehenden öffentlichen Brunnen zu erstellen. Der Sprechende würde es z.B. interessieren, in welchem Zustand der Dorfbrunnen ist. Die im Bericht geschilderte Rohwasserproblematik findet die SVP überzeichnet. In der Altstadt von Luzern würden schliesslich mehrere historische Brunnen stehen, welche direkt aus trinkbarem Krienser Quellwasser gespeisen werden.

Thomas Lammer hat sich auch schon über die schlechte Versorgung aufgeregt, als er unterwegs seine Flasche mit Wasser nachfüllen wollte. Oftmals laufen die Brunnen nicht oder man kann das Wasser nicht trinken. Der Sprechende begreift zwar die Vorsicht, die an den Tag gelegt wird, jedoch sollten die Brunnen, welche vorhanden sind, auch laufen.

Gemäss Martin Heini verzichtet die SP/JUSO-Fraktion und die Grüne/JG-Fraktion auf ihr Votum.

Nach Toni Bründler ist es völlig in Ordnung Brunnen mit Wasser zur versorgen. Jedoch kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen, Wasser nicht abzukochen. Es wird bis hoch gegüllt. Beim Schlossbergbach beispielsweise kommt Gülle herunter. Daran sei die Landwirtschaft auch nicht ganz unschuldig. Man kann die Brunnen auch ohne grosse Infrastruktur bedienen. Als Beispiel nennt der Sprechende Quellen. Jedoch sollte man diesbezüglich nicht zu viel Aufwand betreiben. Es stehen zurzeit andere Probleme in der Gemeinde an, welche Priorität haben.

Viktor Bienz antwortet auf das Votum von Toni Bründler, dass es nicht fair ist, die Bauern daran aufzuhängen. Es kann sich niemand leisten im Naherholungsgebiet zu güllen, denn dies sei vom Kanton strengstens verboten.

Gemäss Martin Heini liegt der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Daher gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

**12. Bericht Postulat Camenisch: Unterbringen von Asylant/innen in Kriens** **Nr. 315/12**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**13. Interpellation Portmann: Gemeindeinitiative Sonnenberg für alle** **Nr. 314/12**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**14. Postulat Kaufmann: Sponsoring-Partner für das Projekt Schappe-Süd** **Nr. 003/12**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

**15. Postulat Tanner: Einführung von Vollmachten zur Informationsbeschaffung bei den Sozialdiensten Kriens** **Nr. 004/12**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

## **Schluss**

Martin Heini dankt für die Sitzung, welche gut, jedoch nicht in allen Punkten speditiv abgelaufen ist. Auch den Gästen dankt er.

Der Sprechende möchte noch auf einige Termine aufmerksam machen:

Im Anschluss findet um 18.00 Uhr in dieser Halle der Festakt „50 Jahre Einwohnerrat“ statt, zu welchem alle herzlich eingeladen sind.

Am 10. November findet im Gallusheim ein Anlass des Akkordeonorchesters Kriens statt.

Die Feldmusik Kriens hat für den 24. November 2012 eine Einladung versendet. Es sind zwei Karten dafür vorhanden. Wer Lust hat, kann diese Karten beziehen.

Weiter findet die Entwicklungskonferenz „Wir sind Kriens“ am Freitag, 23. November 2012 und Samstag, 24. November 2012 statt. Wer sich noch nicht angemeldet hat, kann das noch machen.

Am 29. November 2012 findet die ganztägige ausserordentliche Einwohnerrats-Sitzung zur Ortsplanungsrevision statt. Diese findet wieder wie gewohnt im Pilatussaal statt. Der Beginn ist um **08:00** Uhr.

Die Sitzung schliesst um 17:45 Uhr.

\*\*\*\*\*

## Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

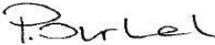
Der Einwohnerratspräsident:

  
Martin Heini

Der Gemeindeschreiber:

  
Guido Solari

Die Protokollführerinnen:

  
Petra Burkhart

  
Jennifer Schweizer